

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 75 Pfennig  
pro Quartal exkl. Bestellgeld. Be-  
stellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin SO. 26, Elisabeth-Ufer 40 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro dreispaltige Zeile 20 Pf.,  
für Verbandsangehörige 10 Pf.  
Reklamangabe ist der Betrag in  
Reichsmark beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Nr. 51.

Berlin, den 17. Dezember 1904.

20. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Ertragsbücher für die im Jahre 1899  
ausgestellten Mitgliedsbücher werden vom  
Verbandsvorstand ausgefertigt.  
Wir machen nun darauf aufmerksam, daß die  
Einsendung ablaufender Mitgliedsbücher auch  
schon vor dem 1. Januar erfolgen kann, sobald die  
Beiträge für das laufende Jahr voll bezahlt sind.  
Valdmöglichste Einsendung seitens der Bevoll-  
mächtigten ist wünschenswert, damit die Arbeit  
der Ausfertigung sich verteilt und nicht alles sich  
in den ersten Wochen des Januar zusammen-  
drängt. — Vor Einsendung der alten  
Bücher ist darauf zu achten, daß die  
Einträge auf der Titelseite voll-  
ständig vorhanden sind, weil nur da-  
durch ein richtiger Uebertrag in das neue Mit-  
gliedsbuch möglich ist. Insbesondere ist auch  
darauf zu sehen, daß jedes Buch die Un-  
terschrift des Inhabers trägt, wo-  
bei der Name vollständig ausgeschrieben sein  
sollte.

2. Um es den mit der Kassenerführung be-  
trauten Funktionären zu ermöglichen, pünktlich  
mit Quartalschluß die Abrechnung an die Ver-  
bandskasse einzuliefern, ergeht an alle  
diejenigen Mitglieder, welche mit  
ihren Beiträgen im Rückstand sind,  
das Dringende Ersuchen, bis spä-  
testens Sonnabend, den 31. De-  
zember, ihre restierenden Bei-  
träge zu begleichen.

Die Zahlstellen- und Gaubevollmächtigten  
sind verpflichtet, das 4. Quartal pünktlich mit  
Jahreschluß abzuschließen und die Abrechnungen  
entsprechend den Bestimmungen des § 47 bezw.  
43 im Statut an uns einzuliefern. Die über-  
schüssigen Gelder sind spätestens  
bis zum 31. Dezember an den Verbands-  
kassierer Eugen Haueisen, Berlin S.O. 26, Elisa-  
beth-Ufer 40 I., einzusenden.

Die übrigen Beitragsmarken à 35 Pf. und  
15 Pf. sind gleichfalls mit der Abrechnung des  
4. Quartals an die Verbandskasse retour zu  
geben. Etwaige fehlende Marken sind genau so  
zu verrechnen, als ob sie gegen bar an die Mit-  
glieder abgegeben worden wären.

3. Den Zahlstellen Erlangen und Steglitz  
ist die nachgesuchte Genehmigung zur Erhebung  
eines Lokalbeitrags von 5 Pf. pro Woche erteilt  
worden.

4. Ausgeschlossen auf Grund des § 15 b  
unseres Statuts wurde in Straßburg der Buch-  
binder Paul Zabel, Buchnummer 3179.  
Vor Zabel wird eindringlich ge-  
warnt, da er die ganze Gaukasse in Straß-  
burg, sowie sämtliche Materialien unterschlagen  
hat, weshalb Anzeige bei der Staatsanwaltschaft  
gegen ihn gestellt werden wird. Es ist außerdem  
nicht ausgeschlossen, daß Zabel, dessen Aufenthalt  
unbekannt ist, die in seinem Besitz befindlichen  
Stempel und Formulare dazu benutzen wird, um  
sich Unterfertigungen zu erswindeln. — Zabel  
wurde am 11. Juli 1877 in Wismar in Mecklen-  
burg-Schwerin geboren und trat am 4. Dezember  
1894 in Halle unserem Verbands als Mitglied bei.  
Ferner wurde nach § 15 b unseres Statuts  
ausgeschlossen in Berlin: der Albumarbeiter

Emil Wiesenthal aus Hedmersleben, Buch-  
nummer 49 607; der Presser Max Seidler  
aus Templin, Buchnummer 51 525; der Presser  
Emil Kornfett aus Berlin, Buchnummer  
57 137; der Presser Georg Memeler aus  
Berlin, Buchnummer 51 261.

Der Verbandsvorstand.  
J. A.: Kloth.

## Tariffragen.

So umfangreich wie der sogenannte Leipziger  
Tarif geworden ist, so vielseitig sind die Tarif-  
fragen.

Wie der Tarif gewachsen ist, ersieht man  
daraus, daß sein Umfang 1873 nur 8 Oktavseiten  
betrug; 1887 waren es bereits 16, 1897 34 Oktav-  
seiten und 1900 hatte er sich zu einem Angetüm  
von 34 Seiten in Querfolio ausgewachsen, un-  
gerechnet der, als besondere Beilage erscheinenden  
Formattabelle. Das damit aber noch lange nicht  
sein Wachstum aufgehoben ist, beweist das  
dringende Bedürfnis nach einem Kommentar  
zum Tarif.

Aber auch selbst die Schaffung eines solchen  
Kommentars zum Tarif würde nicht von vorn-  
herein alle Zweifelsfragen ausschließen, so daß  
Tariffchiedsgerichte und Tarifsamt noch immer  
nebenher Streitfragen entscheiden müßten.

Beschäftigten wir uns hier vorläufig nicht mit  
der ganzen Legion von Tariffragen, sondern mit  
den durch neuere Vorkommnisse in Berlin in den  
Vordergrund gerückten, als da sind: „Tarif-  
chiedsgerichte, Tarifsamt und Formatberechnung“.  
Der Zweck der Tariffchiedsgerichte darf als bekannt  
vorausgesetzt worden; halten wir uns daher an  
die Geschäftsordnung derselben und fassen wir  
einmal die des Leipziger Schiedsgerichts besonders  
ins Auge.

Im Januar 1901 legten die Prinzipals-  
Beisitzer des dortigen Schiedsgerichts eine solche  
Ordnung vor, die aber unmöglich unsererseits  
angenommen werden konnte, weil als „wählbar  
und wahlberechtigt nur solche Gehülfen gelten  
sollten, die bei Prinzipalen arbeiteten, welche  
dem Verbands Deutscher Buchbinder-Besitzer  
angehörten.“ Vom Buchbinderverband, sowie  
solchen Mitgliedern desselben, welche in Buch-  
binder-Organisationen oder in Kassen und dergl.,  
die den Interessen der Tariforganisation nicht  
widersprechen, beschäftigt sind — war überhaupt  
nicht die Rede, trotzdem der Buchdrucker-Tarif hier  
ein gutes Vorbild gab.

Es wären demgemäß nicht nur die besoldeten  
Verbandsvertreter von der Wählbarkeit ausge-  
schlossen gewesen, sondern auch alle unsere Ver-  
bandsmitglieder, die nicht bei Buchbinderei-  
bestimmern des Prinzipal-Verbandes arbeiteten.

Der Streit um die Geschäftsordnung nahm  
eine ziemlich heftige Form an, insofern das  
Leipziger Gewerbegericht als Einigungsamt an-  
gerufen wurde, welches dann unter Zustimmung  
beider Parteien eine Geschäftsordnung fest-  
setzte, die ganz entschieden den Interessen der  
Arbeiter besser gerecht wurde als diejenige des  
Tarifsamtes, besonders in einem sehr wesentlichen  
Punkte. Diese Geschäftsordnung bestimmte  
nämlich im § 8: „Kommt wegen Stim-  
mengleichheit ein Schiedsspruch  
nicht zu stande, so steht dem Kläger

die Beschreitung des ordentlichen  
Rechtsweges offen.“

Diese Bestimmung ist für die Arbeiterschaft  
von hoher Bedeutung und wir bedauern sehr,  
daß dieselbe nicht mit in die Geschäftsordnung  
des Tarifsamtes übernommen worden ist, sondern  
durch die folgenden ersetzt wurde: „Die Ent-  
scheidungen des Tarifsamtes sind endgültig.“ —  
„Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als ab-  
gelehnt.“

Da wir nun aber in 99 von 100 Fällen  
uns in der ungünstigen Lage des Klägers be-  
finden, so wird die Stimmengleichheit besonders  
bei grundsätzlichen Fragen uns stets zum Ver-  
hängnis, d. h. so geartete Klagen werden einfach  
durch Stimmengleichheit abgewiesen. Nun mag  
ja eine solche Stimmengleichheit bei Zivil-  
prozessen vor ordentlichen Gerichten ungefährlich  
sein, denn den Richtern kann es gleichgültig sein,  
ob Schulze oder Müller gewinnt. Auch bei  
öffentlichen oder selbst gesetzgebenden Versam-  
lungen mag ein anderes Verfahren nicht gut  
gangbar sein, aber bei unserem Schiedsgericht  
oder Tarifsamt liegt die Sache ganz anders, weil  
gerade bei Klagen von weittragender Bedeutung  
sich naturgemäß fast immer Stimmengleichheit  
einstellen wird.

Diese Tatsache erklärt sich aus der Zu-  
sammensetzung der Tariffchiedsgerichte und des  
Tarifsamtes, indem die Richter aus zwei wirt-  
schaftlich gegenüberstehenden Interessengruppen  
entnommen werden.

Wir wollen damit nicht gesagt haben, daß  
die Richter hier wesentlich befangen urteilten.  
Nein, wir geben sogar zu, daß von beiden Seiten  
das Bestreben vorhanden ist, nach bester Ueber-  
zeugung Recht zu sprechen, was auch in allen  
Fällen zum Durchbruch kommt, wo Klageobjekte  
ohne folgenreichere Bedeutung zur Beurteilung  
vorliegen. Wenn z. B. die Frage vorliegt:  
Gehört die oder jene Decke zum Format 15  
oder 16, so wird diese Frage leicht entschieden  
werden können, und es dürfte zu den Ausnahmen  
gehören, wenn hierbei Stimmengleichheit die  
Frage entscheidet. Und selbst wenn hier Stim-  
mengleichheit entscheiden sollte, so gilt der  
Spruch in der Regel nur für den vorliegenden  
Fall und entscheidet nicht zugleich für alle zu-  
künftigen Fälle. Es kam daher durch eine der-  
artig zustande gekommene Abweisung der Klage  
nur der jeweilige Kläger Schaden erleiden.

Ganz anders aber, wenn die Frage lautet:  
Ist bei der Berechnung der Formatgröße nur  
a l l e i n die Deckgröße geltend oder bei allen  
Arbeiten bis und inklusive Beschneiden die Vogengröße?

Hier wird im einzelnen Fall auch zugleich  
über alle übrigen derartigen Fälle entschieden,  
und es wird sich der Gruppengegensatz in der  
Regel durch Stimmengleichheit offenbaren, so-  
wohl beim Schiedsgericht wie auch beim Tarifsamt.

Ein solcher klassischer Schulsfall liegt gegen-  
wärtig in Berlin vor in bezug auf die Format-  
berechnung.

Berlin hat bekanntlich neben dem Allge-  
meinen Tarif (sogenannten Leipziger Tarif)  
einen Sondertarif 1900 mit den Prinzipalen  
vereinbart, und es wurde hierbei bis zum Be-  
schneiden inklusive die Vogengröße als maß-

gebend angenommen. An dieser Berechnung haben bisher auch die Prinzipale selbst festgehalten und durch dementsprechende Bezahlung der ausgeführten Arbeiten für richtig erkannt.

Nun aber erklären einzelne Prinzipale die Berechnung für falsch unter Berufung auf Leipzig und Stuttgart, in welchen beiden Städten alle Arbeiten tatsächlich nach Deckelgröße berechnet werden, ohne daß im Tarif dafür sonst ein bestimmter Hinweis gefunden werden könnte, der diesen Zustand als „maßgebend“ bezeichnet.

Wir plädieren nun gar nicht für eine Änderung des bisherigen Zustandes in Leipzig und Stuttgart, sondern wenden uns nur ganz entschieden dagegen, daß man anscheinend sich entscheidet, über den Berliner Sondertarif und die Berliner Sonderabmachungen sich kurzer Hand hinwegzusetzen. Das dürfen wir uns auf keinen Fall gefallen lassen, denn noch besteht der Berliner Sondertarif genau so gut zu Recht wie der Allgemeine Tarif und weder ein Tarifschiedsgericht noch ein Tarifamt darf sich das Recht anmaßen, den wirklich „maßgebenden“ Berliner Sondertarif für Berlin zu verneinen, wenn nicht Trenn und Glauben in die Brüche gehen sollen. Wie häufig es ist, den Allgemeinen Tarif für Berliner Verhältnisse u b e r a l l zugrunde zu legen, möge der Umstand beweisen, daß auch das Vorwort oder die „Allgemeinen Bestimmungen“ des rechtsgültigen Berliner Sondertarifs von denen des „Allgemeinen Tarifs“ abweichen. Ein Beispiel: Die Arbeiterinnen-Stundenlöhne „für Berlin“ werden angegeben:

#### A. Für ungeübte Arbeiterinnen:

A. Z. im ersten Halbjahr . . . . .	pro Stb.	16 Pf.
B. Z. in den ersten 6 Monaten „ „	„	17 „
A. Z. im zweiten Halbjahr. „ „	„	19 „
B. Z. in den nächst. 3 Monaten „ „	„	20 „
B. Z. „ „ folgd. 3 „ „	„	22 „

#### B. Für geübte Arbeiterinnen

(exkl. Helferinnen und Goldaufträgerinnen):

A. Z. . . . .	pro Stb.	26 Pf.
B. Z. . . . .	„	27 „

Was hier unbestritten Giltigkeit hat im Gegensatz zum Allgemeinen Tarif, weil es auf besonderen Abmachungen mit den Prinzipalen aufgebaut ist, kann auch nicht für andere Teile der 1900 getroffenen Abmachungen gegolten werden. Und wir können daher auch noch nicht glauben, daß das Tarifamt diesen Rechtsboden verlassen und Tarifbruch begehen wird. **E. A.**

### Lohnbewegungen.

Zu München ist es in der Kunststift „Graphia“ zu einem Ausstände des gesamten Personals gekommen. Die Ursache dazu gab die Firma damit, als sie den Licht- und Stein-druckern die Arbeitszeit von 8 1/2 auf 9 Stunden verlängern wollte, wobei allerdings 1/2 Stunde Pause eingerechnet war. Bisher war es den Druckern gestattet, in der Arbeitszeit einige Wissen zu sich zu nehmen. Als die Arbeiter mit der Neuierung nicht einverstanden waren, kündigte der Direktor dem gesamten Personal, 98 Personen an der Zahl. Zuzug ist fernzuhalten.

Nach Nachen, Eilenburg i. S., Frankfurt a. M., Hilbesheim, Dresden und Mügeln sowie nach der Firma Schaffer in Grünstadt ist Zuzug fernzuhalten.

Zuzug nach Eilenburg von Einarbeitern und jüngeren Buchbindern (etwa zur Erlernung der Einbranche) fernhalten.

Gesperrt sind die Firmen: J. F. Dieckel in Offenbach a. M., die Galanteriewarenfabrik Kühne in Berlin, Pringensstraße 22, Gisinger in Straßburg, D. Reinhardt in Dessau, Keppler in Nachen, C. W. Nieger, Otto Thomas und Carl Hoffmann in Solingen.

### Breslauer Lohnverhältnisse.

Die erste Periode der Lohnveränderungen, die bei unserer vorjährigen Lohnbewegung, die bekanntlich mit dem Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages endigte, gemacht wurden, läuft mit dem Jahresabschluß ab.

Vom 1. Januar 1905 ab soll der festgelegte Minimallohn von 17 Mk. für Arbeiter und 9 Mk.

für Arbeiterinnen Platz greifen. Von 1906 ab 18 Mk. bzw. 12 Mk.

Werfen wir nun einen Blick auf das verflossene Jahr zurück, so können wir feststellen, daß doch eine ganze Anzahl Berufsangehörige die Früchte der Bewegung genießen konnten, aber es gibt auch eine ganze Anzahl, denen eine Lohnaufbesserung nicht zu teil wurde und die noch für 15 Mk. und darunter arbeiten. Ebenso arbeiten noch viele Kolleginnen weit unter den festgesetzten Löhnen. Die nächste Ursache dafür ist wohl die, daß sich die Betroffenen wenig oder gar nicht um die Organisation bekümmern, überhaupt gar kein Verständnis hierfür besitzen. Weitere Ursachen sollen noch Erwähnung finden.

Die Lohnkommission mußte verschiedene Male eingreifen, um etwas nachzuhelfen.

Bei der Firma Kliner handelte es sich um Nichtbezahlung des Minimallohnes; hier wurde ein Erfolg für das Personal erzielt. — Obermeister Siele beharrte ebenfalls darauf, seinem Gehülfen keine 16 Mk. bezahlen zu wollen und drohte mit Entlassung, wenn er dazu gezwungen würde. Dieser Herr war wiederholt nicht anzutreffen als nach Feierabend die Lohnkommission bei ihm vorsprach. Auf Ersuchen des bei ihm beschäftigten Kollegen wurde von weiteren Schritten Abstand genommen. Ist für diesmal dem noch entsprochen worden, so kann das in Zukunft nicht mehr getan werden, denn vor allen Dingen müssen unsere Mitglieder auf strengste Einhaltung der abgeschlossenen Arbeitsbedingungen dringen. Eine weitere Firma, mit der die Kommission und auch die in ihr sitzenden Arbeitgeber mehrmals verhandelte, ist die Firma Schwärzenski, Geschäftsbücherfabrik, das Schmerzenskind der Zahlstelle Breslau. Hier ist es wohl in allererster Linie den Beschäftigten selbst zuzuschreiben, daß sie noch 11 Stunden arbeiten müssen und daß halbwegs geordnete Lohnverhältnisse ganz unbekannt Dinge sind. Zwietsch, Stabmühle und Alkohol, lange Arbeitszeit und wenig Lohn haben diese Bedauernswerten dahin gebracht, daß sie jeden moralischen Widerstand verloren zu haben scheinen und für den Fortschritt der Zeit blind sind. Es wäre mir zu wünschen, wenn der Inhaber dieser Firma seine Meinung wahr gemacht und aufgehört hätte zu fabrizieren. Wir hätten es nur wünschen können, denn eine der größten Schmutzkonkurrenzfirmen wäre damit vom Erdboden verschwunden. Dabei soll ein nicht uninteressanter Fall nicht unerwähnt bleiben. Als unser einziges dort beschäftigtes Mitglied allein vorging, wurde ihm zugesichert, daß, wenn sich bei seiner Akkordarbeit eine Differenz mit dem Lohne ergebe, er einen eventuellen Fehlbetrag am Vierteljahresabschluß ausbezahlt bekäme. Am 1. April mußte der Kollege jedoch erst darum mahnen, und es wurden ihm dann allergnädigst 1—2 Mk. in die Hand gedrückt. Der Fehlbetrag war aber bedeutend höher. Hier zeigt sich, wie wenig Wert solche privaten Abmachungen haben. — Bei Leopold wurde die Arbeitszeit Sonnabends um eine Stunde reduziert auf unser Drängen hin, leider fanden sich fünf Kollegen, die aus dem Verband austraten.

Auch indirekt hat sich unsere Bewegung von Vorteil erwiesen. Während früher für Kartonnagezuschneider um 18 Mk. Lohn gefordert werden mußte, werden jetzt 20 Mk. und darüber bezahlt. In der Kartonnagenbranche herrschen im allgemeinen noch recht unheilvolle Zustände. Der Zuschneider hat für drei oder vier Partien Zuschnitt zu liefern (auch Ueberzug). Jede Partie arbeitet zu dritt. Wenn nun Bestellungen unregelmäßig einlaufen und der Zuschneider auf Arbeit warten muß, so holen ihn die Arbeiterinnen ein, die ihrerseits bei den äußerst niedrigen Akkordpreisen jede Minute ausnützen müssen, um 8—10 Mk. zu verdienen. So kommt es öfter vor, daß alle drei oder vier Partien gleichzeitig auf Zuschnitt warten müssen; hierbei spielen sich Szenen ab, die des Menschen und Kollegen unwürdig sind und die einen feindseligen Einfluß zwischen Zuschneider und Arbeiterin herbeiführen und für die Organisation zersetzend wirken müssen. Auch kommt es häufig vor, daß den Vorarbeiterinnen Sonnabends beim

Berechnen eröffnet wird, daß es für diesen gemachten Artikel weniger gibt als vorher. Weinend wird dann das Kontor verlassen, um — die nächste Woche desto mehr „draufzudrücken“. Es sei hier darauf hingewiesen, daß dieses Abziehen gänzlich unzulässig ist. Sollen Abzüge gemacht werden, so muß dies vor Beginn der betreffenden Arbeit bekannt gegeben werden. Bei geregelten tariflichen Abmachungen und strammer Organisation der Kartonnagearbeiterinnen könnten solche Dinge leicht unmöglich gemacht werden. Dies soll nur ein Fingerzeig sein für die Zukunft, um auch hier einmal den Hebel anzusetzen, arbeiten doch in dieser Branche ein großer Teil der Berufsangehörigen.

Geht es auch nicht sprungweise in Breslau vorwärts, so kann doch konstatiert werden, daß allmählich bessere Verhältnisse Platz greifen, was nur der unaufhaltbar vorwärtsschreitenden Organisation des Deutschen Buchbinderverbandes zu danken ist.

Darum, ihr Breslauer Kollegen und Kolleginnen, agitiert und werbt unablässig für die Ausbreitung unseres Verbandes, damit Euch am 1. Januar 1905 die 17 Mk. bzw. 9 Mk. nicht etwa noch streitig gemacht werden.

### Einiges über den Wert der Gantage.

Vielfach hört man die Ansicht äußern, daß Gantage keinen Wert haben. Bei reiflicher Ueberlegung jedoch wird man zu einem anderen Resultat kommen.

Um von einem Gantag behaupten zu können, er hat Früchte gebracht, gehört vor allem eine gründliche allgemeine Vorarbeit im ganzen Gau vor Abhaltung des Gantages. Vor allem kommt es wesentlich darauf an, in welcher Zeit des Jahres der Gantag stattfindet, ferner, daß der Termin der Abhaltung des Gantages so früh als möglich bekannt gegeben wird. Zu einer Zeit, wo die Geschäftskonjunktur günstig ist, einen Gantag abzuhalten, wäre nicht ganz ratsam, denn in solcher Zeit sind die Kollegen schon in ihrer Arbeitsstelle zu sehr angestrengt, deshalb haben sie wenig Zeit oder auch keine Lust, sich mit geistiger und mit agitatorischer Arbeit zu befassen. Auch finden in der Zeit des guten Geschäftsganges viele Lohnbewegungen statt, und haben die intelligenteren Kollegen viel mit örtlichen Verhältnissen zu tun. Es bleibt ihnen somit wenig Muße, um für den betreffenden Gau zu arbeiten.

Aber noch einen anderen Punkt möchte ich dafür ins Feld führen, Gantage in stiller Zeit abzuhalten. Die stille, ruhige Zeit sollen wir zur Agitation benutzen, um dann bei flottem Geschäftsgange an die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gehen. Auf dem Gantag soll und wird über Agitation viel gesprochen und die Richtung angegeben, wie am besten gearbeitet wird. Also in der klauen Zeit den Kriegssplan fertig stellen und in günstiger Zeit die Kriegserklärung machen und die Schlacht schließlich glücklich gewinnen.

Der Termin muß frühzeitig bekannt gegeben werden. Daß dies eine der ersten Vorbedingungen ist, wird aus folgendem verständlich. Auf dem Gantag soll jede vertretene Zahlstelle durch ihren Delegierten ein detailliertes Bild über die örtlichen Verhältnisse geben. Um dies tun zu können, dazu gehört aber zuerst eine statistische Erhebung. Eine solche ist aber, um gründlich zusammengestellt zu werden, nicht in ein paar Tagen fertig.

Aber auch eine gründliche Beratung der gestellten Anträge und deren zeitige Uebermittlung an die Zahlstellen ist erforderlich, was ebenfalls eine geraume Zeit in Anspruch nimmt. Von allem dem hängt es viel ab, ob ein Gantag Nutzen hat oder nicht. Denn je besser in den Zahlstellen die Vorarbeit und die Beratung von Anträgen gemacht ist, je segensreichere Arbeit wird der Gantag leisten können.

Weiter kommt in Betracht, wie der Gantag zusammengefaßt ist. Vor allem sollte darauf gesehen werden, Delegierte zu wählen, die schon längere Zeit am Platze sind und die nicht so schnell weggehen vom Orte. Sodann soll der



Gewählte jemand sein, der sich in der Gewerkschaftsbewegung auskennt und Routine besitzt, um so wichtigen Zusammenkünften, wie Gantage, anzuwohnen und praktisch mitarbeiten zu können.

Wenn diese angeführten Punkte beherzigt werden, so müssen die im nächsten Jahre abzuhaltenden Gantage nutzbringend sein und wird jeder Kollege sagen, Gantage haben einen Wert, aber ohne Arbeit kein Gewinn!

Singen bei Konitanz. Franz Huber-Winter.

**Korrespondenzen.**

**Gilenburg.** Am Sonnabend, den 10. Dezember fand eine Versammlung statt, in der die Maßnahmen der Etschfabrikanten Sieg & Schulze besprochen wurden. Wie verlautet, zielen diese Herren darauf ab, die Mitglieder unseres Verbandes zu entlassen. Sie nehmen allerlei nichtige Vorwände als Grund, um den verbandstreuen Arbeitern und Arbeiterinnen etwas am Zeuge zu flicken. Es wurden 4 Kolleginnen und 5 Kollegen gekündigt. In der Diskussion wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß vor Zugang nach Gilenburg gewarnt werden soll.

**Schw. Gmünd.** Die am 3. Dezember stattgefundene Versammlung war sehr gut besucht. Hauptgegenstand der Verhandlung bildete das Verhalten der Etschfabrikanten (von denen drei hier in Betracht kommen) auf eine Eingabe von Seiten der Zahlstelle um Gewährung von 25 Proz. Zuschlag für Ueberstunden. Die Prinzipale befehlen nicht einmal den Anstand, uns eine Antwort zu erteilen. Schon vor 5 Jahren wurde durch Streik und durch Vermittlung des Gewerbegerichts diese Forderung nebst einigen anderen errungen. Nachdem sich aber die hiesige Zahlstelle aufgelöst hatte, brachen die Fabrikanten Beck und Breidenstein ihr vor dem Gewerbegericht gegebenes Versprechen und zahlten die Prozente nicht mehr, die anderen Errungenschaften blieben bestehen, ein halbstündiger früherer Feierabend am Sonnabend jedoch nur bei Breidenstein. Sehr zu verwerfen ist das Verhalten verschiedener Kollegen, die indes nicht organisiert sind, die sich selber zur Ueberarbeit ohne Prozentzuschlag anboten. Sehr zu verwerfen ist auch das Verhalten des Fabrikanten Knödler, derselbe erlaubte sich seinen Arbeitern gegenüber den Ausdruck: seht mir nach, was für Charaktere ihr in Eurer Zahlstelle habt, also eine Beschimpfung statt anständigem Entgegenkommen. Obwohl die Frau des Herrn Knödler vor 5 Jahren ebenfalls Mitglied der Zahlstelle war und recht gern die 25 Proz. mehr für Ueberstunden einsteckte, ist diese fast noch heftigere Gegnerin des Verbandes als ihr Mann. Den organisierten Arbeitern ist zu empfehlen, ohne Mehrbezahlung keine Ueberstunden zu machen.

**Frankfurt a. M.** Seitens der Lohnkommission wurden am 28. November in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung die Antworten der Prinzipale vorgelegt. Doch auf 140 Rundschreiben fanden es nur 7 Unternehmer für nötig, zu antworten. Einen Tarif zu vereinbaren, dafür haben die hiesigen Arbeitgeber sehr wenig Verständnis, denn sie müssen ja immer über die „Schmutzkonkurrenz“ ratiunieren und sind nicht in der Lage, so „horrende“ Löhne zu zahlen. Lano & Spänle — von Köln her in bestem Andenken — schrieb, daß unsere Forderungen „eine Prämie für Arbeitscheu und Untaugliche“ sei. Eine zweite Kartonnagefabrik Schade & Co. äußerte, daß sie sich strikte ablehnend verhalte. Die Buchbinderei Hessemer ebenfalls, ihre Arbeiter seien vollauf zufrieden. Stiefel bemerkt, daß er nach Leistung bezahlt, jüngere Leute können sich noch weiter „ausbilden“. Osterrieth steht noch mit der Kommission in Verhandlung, bis jetzt sind noch keine Zugeständnisse gemacht. Redner bedauert, daß die Unternehmer teilweise in so unanständigem Ton geschrieben haben. Herr Such hat seine Zustimmung zu unseren Forderungen bis jetzt noch nicht gegeben. In den Druckereien, in welchen meistens Arbeitszeit und Lohn geregelt ist, liegt es nur an den Kollegen, den geforderten Zuschlag zu erlangen. Um unseren Forderungen den nötigen Nachdruck zu geben, ist es dringend notwendig, gemeinsame Verhandlungen anzustreben.

Verbandsvorsitzender Kloth und die Kommission werden mit den einzelnen Firmen unterhandeln, um sie zu besserer Einsicht zu bringen.

In der anschließenden sehr lebhaften Diskussion wurde bekannt, daß die Großbuchbinderei Jean Rohm, G. m. b. H., ihre Arbeiter auffordert, entweder aus dem Verbands auszutreten oder die Arbeitsstätte zu verlassen. 1900 kehrte diese Firma ihren Serrenstandpunkt auch so scharf heraus und mußte schließlich doch kapitulieren. In den Kartonnagefabriken herrscht überall noch die 10—11stündige Arbeitszeit und teilweise sehr niedrige Akkordsätze, dazu sind in gesundheitlicher Beziehung überaus schlechte Verhältnisse anzutreffen. Kloth betont in seinen Ausführungen, daß der Hauptfehler das Fehlen jeglicher Prinzipalsorganisation ist. Es ist daher dringend notwendig, mit jedem Unternehmer zu verhandeln und bis dahin darf niemand ohne Rücksprache die Arbeit niederlegen. Vor allen Dingen gilt es jetzt, die minimalen Forderungen durchzuführen und fest anzuharren. Redner weist auf die Kämpfe der Holz- und Metallarbeiter in Berlin um die Anerkennung eines Tarifes hin. Er ermahnt den Ernst der Lage nicht zu verkennen und sich besonnen und ruhig zu verhalten, dann wird auch hier ein Erfolg gesichert sein. Seitens der Kommission wurden die Aufgaben der Vereinigung der Kleinmeister bekannt gegeben, welche in monatlichen Zusammenkünften mit gemeinsamen Schmausereien bestehen. Allgemein wird geklagt über den Mangel an guten Arbeitskräften. Es ist aber ganz erklärlich, daß bessere Kräfte bald wieder infolge der „horrenden“ Bezahlung das vermeintliche Paradies verlassen, auch verzichten diese auf die vielgepriesene „Ausbildung“ einiger Firmen. Der Arbeiter hat das Recht, sein einziges Kapital, seine Arbeitskraft, so teuer wie möglich zu verkaufen. Wenn es den Prinzipalen mit der Erhaltung von guten Arbeitskräften ernst ist, so sind wir gern zur Erreichung eines Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage bereit. Einstimmige Annahme fand zum Schluß folgende Resolution:

„Die heutige Versammlung kann sich mit den Antworten der Herren Prinzipale nicht einverstanden erklären und beauftragt daher die Lohnkommission in Verbindung mit unserem Verbandsvorsitzenden, mit den Arbeitgebern in Verhandlungen einzutreten und unter Zugrundelegung unserer Forderungen vom 19. November ein besseres Resultat herbeizuführen, als wie es bis jetzt vorliegt.“

Bewilligt haben bis jetzt die Präganstalten von Ostner, Rhode, Bollinger. In einem fernigen Schlüsselwort ermahnte Kloth die Anwesenden, daß jeder am Freitag abend im selben Lokal erscheine, um die Ergebnisse der Verhandlung entgegen zu nehmen und dann endgültigen Beschluß zu fassen über unser weiteres Vorgehen. Damit wurde die imposante Versammlung geschlossen.

**Frankfurt a. M.** Am 2. Dezember berichtete die Lohnkommission in einer öffentlichen Versammlung über die persönlichen Verhandlungen mit den Prinzipalen. In Gemeinschaft mit Kollegen Kloth hat die Kommission die hauptsächlichsten Geschäfte besucht und mit den Arbeitgebern verhandelt. Man hatte gehofft, daß die Prinzipale nachgeben werden, aber man hatte sich bitter getäuscht, überall traf man auf zornigen Widerstand. Die „Westdeutsche Kartonnagenfabrik“ hat für ihre „Arbeitscheuen“ die achtstündige Arbeitszeit eingeführt und mehrere gekündigt. Bei Schade & Co., bei Kron wurde die Arbeitszeit um eine halbe Stunde gekürzt. Maubach & Co. zahlt 22,50 Mk. und nächstes Jahr 24 Mk. Burkhardt gibt bis zu 5 Proz. Zulage auf die bisherigen Löhne. Dondorf hat auch kleine Zugeständnisse gemacht, während Hornoff, Ostner, Rhode und Reubling voll bewilligt haben. Die Firma Jean Rohm & Co. (G. m. b. H.) verbielt sich strikte ablehnend und prahlt mit diesem den anderen Unternehmern gegenüber; bedauerlich, daß wir dort nicht genug Mitglieder hatten, sonst wäre es ihr übel bekommen! Bei Gebr. Schneider sind die Kollegen an den Verhältnissen (elfstündige Arbeitszeit) selbst schuld. Wirklich befremdend! In vielen Kunstanstalten und Druckereien kommen für uns die Stein drucker mit ihrer zehnstündigen Arbeitszeit in

Betracht, worauf sich leider die Prinzipale berufen, denn Buchbinder sind immer nur in kleiner Anzahl beschäftigt. Es wäre an der Zeit, eine graphische Zentrale zu bilden, um diesem Uebel gründlich auf den Leib zu rücken, denn die Buchdrucker haben in derartigen Betrieben überall laut Tarif eine kürzere Arbeitszeit. Bei Osterrieth, welcher vorläufig keine bindende Erklärung abgab, wurde die Manipulation eines älteren Verbandskollegen in der schärfsten Weise gegeißelt, hatte der doch geäußert: „Wer andere in den Streik heßt, ist ein Schuft!“ (Lebhaftes Psi!) Dieser Musterkollege, welcher in der Partei und in der Öffentlichkeit immer das große Wort führt, hat endlich Farbe bekannt, hat er sich doch nicht geniert, seine eigenen Mitarbeiter in der gemeinsten Weise auszubeuten.

Die Kommission hatte nunmehr die Sachlage genau geprüft und machte deshalb den Vorschlag, da die Zeit schon zu weit vorgeschritten und das richtige Interesse bei vielen nicht vorhanden war, die Bewegung zu vertagen, um in nächster Zeit um so energischer vorgehen zu können. Es wurde darum folgende Resolution empfohlen:

„Die heute tagende Versammlung nimmt Kenntnis von den erfolgten Bewilligungen der Prinzipale und bedauert aufs tiefste, daß unsere, für die hiesigen teureren Lebensverhältnisse gewiß nicht unbedeutenden Forderungen nicht glatt bewilligt worden sind. Die Versammlung erklärt sich aber in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit mit den mündlich und schriftlich gegebenen Zusicherungen der Herren Prinzipale auf möglichste Berücksichtigung unserer Forderungen vorläufig zufrieden und hofft, daß diese Zusicherungen von Seiten der Arbeitgeber auch erfüllt und von den Kollegen und Kolleginnen mit allem Nachdruck verlangt werden. Die Versammlung erklärt ferner eine Stärkung des Deutschen Buchbinderverbandes durch zahlreichen Beitritt der noch nicht organisierten zu demselben als eine zwingende Notwendigkeit und verpricht, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß bald alle Kollegen und Kolleginnen dem Verband beitreten werden. Der Lohnkommission bleibt es überlassen, gegen einzelne Werkstätten, die nichts bewilligen wollen, vorzugehen.“

In der lebhaften Diskussion wurde betont, daß es vielfach an den Kollegen selbst liege; sie erscheinen auch nicht einmal zu Werkstättenbesichtigungen, um ihre „glänzende“ Lage zu besprechen. Herrn Schade, einem Inhaber eines Kartonnagen-geschäftes, wurde die überaus traurige Entlohnung seiner Arbeiterinnen vorge stellt und gesagt, daß die Mädchen genötigt seien, ihren Unterhalt anderswo zu suchen, da sagte dieser Herr: „Dies tun die Mädchen so wie so!“ Dies bezeichnet so richtig die heutige brutale Serren-moral den armen Arbeiterinnen gegenüber. In Raumanns Druckerei haust ein Kollege (Zwischen- und Schwimmeister), welcher mit weiblichem Personal manchmal ganze Nächte durcharbeitet. Die Gasse der hiesigen Nichtverbändler, die Goldschmittmacher bei Dondorf, will nichts von einer Bewegung wissen, und dabei wird seitens anderer Städte immer über die Schmutzkonkurrenz von Frankfurt geklagt. Die Freie Vereinigung der Meister erklärt sich infolge ihrer geringen Mitgliederzahl (25) nicht für kompetent, Tarife abzuschließen. Alle Redner sprachen sich für die Resolution aus, die auch mit großer Majorität angenommen wurde.

In dem Schlüsselwort wurde betont, man nicht etwa zu ruhen, sondern tüchtig weiter zu agitieren, jedes Mitglied muß sich verpflichten, ein neues zu werben. Vor allem ist es dringend notwendig, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen und den gewerkschaftlichen Geist mehr in sich aufzunehmen, denn nur tüchtige Soldaten sind in einem Kampfe brauchbar. Eine Ehrenpflicht ist es, die Arbeiterpresse zu abonnieren, welche unsere Interessen in der richtigen Weise vertritt. Gegen den Anspruch des oben genannten Musterunternehmers wurde in der energischsten Weise protestiert. Vor allen Dingen ist dahin zu wirken, nicht anders als zu den neuen Forderungen (24 Mk. Minimallohn) in Stellung zu treten. Es ist darum dringend notwendig,

daß alle Zureisenden und Arbeitslosen vorher immer im Arbeitsnachweis Erkundigungen einziehen und sich dort melden. Mit einem Appell treu und fest zur Organisation zu stehen, wurde die überaus zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

**München.** In der am 27. November abgehaltenen Versammlung für Kolleginnen behandelte Kollege Faust das Thema: „Der deutsche Buchbindertarif und seine Bedeutung für Münden“. Der Referent wies auf die Entstehung des Tarifes und seiner Weiterentwicklung hin. In kurzen Worten schilderte Faust die Kämpfe der Tarifstädte, insbesondere auch auf die damalige Teilnahme der Kolleginnen bezugnehmend. Medner erörterte die zurzeit bestehenden Tarife in Buchbindereien, Prägereien, Luxus- und Kartonnagenfabriken usw. Bei Betrachtung der Bedeutung des Tarifes für Münden mußte konstatiert werden, daß Entlohnungen genau nach Tarif nur in einigen Betrieben vorkommen. Die Fortschritte, welche vor einigen Jahren gemacht wurden, sind teilweise verloren gegangen. Jede der Kolleginnen mußte es sich zur Pflicht machen, auf strikte Einhaltung der tariflichen Vereinbarungen zu dringen, um auch in Münden für unser Gewerbe fördernd zu wirken und die oft übliche Schmutzkonkurrenz zu beseitigen.

In der Diskussion wurden verschiedene Mängel einiger Betriebe besprochen. Besonders weisen wir auf die Firma Grimm hin, in welcher ein reiches Strafregister mit Strafen von 35 Pf. abwärts eingeführt ist. Vermutlich ist das das Verdienst des Werkführers Fritzenwanger, welcher in früheren Jahren Kollegen und Kolleginnen das Evangelium der Organisation und höheren Entlohnung gepredigt hat.

Kolleginnen, nicht die einzelne kann etwas erreichen, wolt ihr bessere Zustände, so trachtet danach, daß sich jede der Organisation anschließt, und sollte wieder der Ruf ergehen, so erscheint in noch größerer Zahl, und vorwärts! sei unsere Lösung.

**Kempten.** Nach zwei vorausgegangenen Besprechungen konnten wir dank fleißiger Agitationsarbeit unterm 3. d. M. zur Gründung einer Zahlstelle schreiten. Zwecks besserer Uebersicht seien einige Worte über die ersten zwei Besprechungen gesagt. Die erste, am 13. November, wurde durch die in der neugegründeten Kartonnagenfabrik Wiedemann beschäftigten Kollegen und Kolleginnen veranlaßt, wobei gleich 11 Aufnahmen gemacht wurden. Durch diesen Anfang ermutigt, wurde die zweite Besprechung auf den 20. November anberaumt, und erschienen zu derselben auch schon Kollegen aus anderen Werkstätten. Zu dieser Versammlung war unser Gauvorsitzender Bauer aus Münden anwesend, der in einem Referate sich seiner Aufgabe, die Ziele und den Zweck des Deutschen Buchbinderverbandes klar zu legen, zur allgemeinen Zufriedenheit der Zuhörer erledigte. Er gab uns das Versprechen, daß wir bei dem Mitgliederstande bald zur Gründung einer Zahlstelle werden schreiben können. Die Mitgliederzahl stieg in dieser Versammlung bereits auf 20. Bei der nun am 3. d. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung erläuterte unser Kollege Harting nochmals den Wert der Organisation und den des Bestehens einer Zahlstelle, worauf zur Wahl des Vorstandes geschritten wurde. Erster Vorsitzender wurde Harting, zweiter Huber, Schriftführer Haunstetter, Kassierer Winkler. Gegenwärtig haben wir 14 männliche und 14 weibliche Mitglieder. Sodann wurde noch über Agitation, Errichtung einer Bibliothek und anderes gesprochen. Zum Schluß wurden die Kollegen und Kolleginnen aufgefordert, treu zum Verband zu halten, worauf mit einem dreifachen Hoch auf die neugegründete Zahlstelle Kempten die Versammlung geschlossen wurde.

**Brandenburg a. S.** Am Sonnabend, den 26. November fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche auf besuch war. Nach Bekanntgabe einiger Neuaufnahmen, die in letzter Zeit gemacht wurden, nimmt die Versammlung Kenntnis von dem Schreiben des Gauvorstandes betreffs Abhaltung des nächsten Gantages. Anträge werden hierzu nicht gestellt; als Delegierter wird Haber gewählt. Der Antrag der Zahl-

stelle Münden wurde diskutiert, wobei sich sämtliche Kollegen sympathisch für eine Invalidentafel ausdrückten, jedoch auch ihre Bedenken gegen die Form der Einführung, wie sie in dem Zirkular vorgeschlagen ist, zum Ausdruck bringen. Der Vorsitzende gibt einen kurzen Bericht über die Agitation, die in letzter Zeit recht rege betrieben wurde und die Erfolge, die dabei erzielt worden sind, die aber in keinem Verhältnis zu den Mühen stehen. Besonders schwer ist es, die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, trotzdem sollte es sich jeder Kollege und jede Kollegin zur Pflicht machen, neue Mitglieder für den Verband zu werben. Das regelmäßige Fernbleiben einiger Kollegen von den Versammlungen sowie die Interessenlosigkeit der Betreffenden wurde scharf getadelt. Möchten sich diese Kollegen für die Zukunft eines besseren Besinns der Versammlungen befleißigen und mehr Interesse für das Verbandsleben zeigen.

**Kathenow.** Am 5. Dezember fand unsere mit reicher Tagesordnung bedachte Generalversammlung statt, zu der die Kollegen fast alle erschienen waren. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde auf Antrag Wittstodt der alte Vorstand wiedergewählt. Sodann wurde Stellung genommen zum Antrag Münden, Invalidentafelunterstützung betreffend, der nach lebhafter Debatte abgelehnt wurde. Alsdann wurde die Wahl der Delegierten zum Gantage vorgenommen. Gewählt wurden Döbel und Wittstodt. Anträge zum Gantage wurden zwei gestellt. Hierauf erstattete Busse den Kartellbericht. Das Kartell wünscht der Zahlstelle des Buchbinderverbandes ein Wüthen und Gedehen zum Nutzen der Arbeiter. Alsdann gab er noch bekannt, daß Sammellisten vorausgibt sind für die Schlierbacher Streikenden. Die Streikenden haben sich veranlaßt, eine Fabrik einzurichten und selbst zu produzieren. Auch für die Badener Arbeiter soll eine Sammlung vorgenommen werden, weil sie kein Versammlungslokal bekommen können und sich selbst eins bauen wollen. Die Sammlung soll durch Bous geschehen. Sodann wurde angefragt, ob wir nicht einen eigenen Arbeitsnachweis führen wollen, worauf erwidert wurde, daß die Arbeitsvermittlung für alle Einzelarbeiter Adolf Zeuner, Berlin O. 34, Heidenfeldstraße 5, besorgt. Im neuen Jahre soll mit der Agitation durch Werkstätten-Versammlungen begonnen werden. Mit einem Appell an die Kollegen, jeder solle selbst Agitator sein für den Verband, um unsere Zahlstelle zu vergrößern, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Pforzheim.** Am Sonntag, den 26. November wurde in Unterreichenbach eine Versammlung abgehalten mit der Tagesordnung: „Wie vertritt der Deutsche Buchbinder-Verband die Interessen der Einzel-Arbeiter und -Arbeiterinnen.“ Als Referent war unser Gauvorsitzender Vöthcher-Stuttgart erschienen, der ausführlich schilderte, in welcher Weise unser Verband bemüht war und noch ist, auch in dieser Branche den Organisationsgedanken hineinzutragen, um somit auch dort die so tieftraurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in die Höhe zu bringen. Gerade in Pforzheim und Unterreichenbach könne man ein Lied davon singen, wie schlecht es noch damit bestellt ist. Während im Sommer bis zu 30 Stunden wöchentlich verkürzt gearbeitet wird, ist jetzt die Zeit, in der 12—13 Stunden täglich gearbeitet wird, ohne irgend welche Verbesserbezahlung der Ueberstunden. Durch Verbesserbezahlung der Ueberstunden müßten die Prinzipale gezwungen werden, die Arbeit besser einzuteilen, um auch in der schlechten Zeit voll arbeiten zu lassen. Jeder Kollege und jede Kollegin müsse bedenken, daß ihre Arbeitskraft das einzige Vermögen bildet, mit dem sie so häuslicherisch wie möglich umgehen müssen. Hier ist es nun vielfach der Fall, daß außer der langen Arbeitszeit in der Fabrik Kollegen auch noch zu Hause reichliche Arbeit zu verrichten haben. Auf dem Lande wohnende Kollegen haben ein Stück Feld, womöglich eine Kuh, und muß nun ein Kollege nach 13stündiger Abwesenheit von zu Hause abends oder morgens früh sein Feld in Ordnung bringen und kommt so auf eine tägliche Arbeitszeit von 16—17 Stunden. Was hat nun so ein Kollege vom Leben? Von früh bis spät

Arbeit, keine Zeit, seine Kenntnisse zu erweitern, um sich auf das geistige Niveau zu bringen, daß er sich sagt, du hast noch andere Aufgaben, um als Mensch zu leben. Nur Einigkeit und eine kräftige Organisation können uns helfen. Unsere bisherigen Erfolge (sind wir doch jetzt 100 Mitglieder) müssen uns immer mehr anspornen, ein jeder muß seine Pflicht erfüllen und sich sagen, daß das wöchentliche Opfer von 45 Pf. mit Zinsszins wieder eintrifft, denn durch den Verband kann ich einen besseren Lohn und eine Verkürzung der Arbeitszeit erringen, auch schützt derselbe mich in verschiedenen Notlagen des Lebens durch Gewährung von Unterstützungen. Keine Versicherung kann auch nur in entferntesten für den Wochenbeitrag, den unser Verband erhebt, das an Unterstützung zurückzahlen, wie gerade unser Verband. Medner schloß seinen interessanten Vortrag mit einem kräftigen Appell, in der Agitation nicht nachzulassen und immer trenn und fest zur Organisation zu halten, denn nur durch Einigkeit wird es möglich sein, die so traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu heben.

Zu der sich anschließenden Diskussion spricht Dietrich über die durch die örtlichen Verhältnisse erschwerte Agitation. Da ein großer Teil der Kollegen auf dem Lande wohnt, müsse die Agitation von Mund zu Mund betrieben werden, um somit die Arbeiten der örtlichen Funktionäre zu erleichtern, auch müssen die Kollegen und Kolleginnen die Versammlung besser besuchen. Es ist eines jeden Mitgliedes Pflicht, sich an allen Fragen, die die Zahlstelle angehen, zu beteiligen, nur dadurch lernen sie den Wert der Organisation richtig einschätzen. Des weiteren spricht Medner über die hier eingeriffene Lehrlingszuchterei. Mit dem Hinweis, daß die Lehrlinge nur 3 Jahre zu lernen haben und schon im ersten Lehrjahre 5 Mk. Wochenlohn erhalten, werden die Eltern gefördert. Sie geben ihren Sohn dem Lehrherrn im Vertrauen, daß dieser einen tüchtigen Schuhmacher herambildet. Wie groß ist aber ihre Enttäuschung, wenn sie erfahren, daß ihr Sohn volle 3 Jahre weiter nichts gelernt hat als Aufschmierern, und niemals im Stande ist, ein Stui fertigzustellen. Was ist nun die Zukunft eines so ausgebildeten Lehrlings? Er ist gezwungen, den Lohnrücker zu machen, bekommt er doch dann den hohen Lohn von 18—20 Pf. die Stunde und muß froh sein, bei seinem Lehrherrn arbeiten zu können. Hier ist es wieder Sache der Organisation, der Gefahr vorzubeugen, die unserem Beruf durch derartige Lehrlingsausbeutung droht.

Nachdem noch Mann in längeren Ausführungen die Tätigkeit unseres Verbandes in den letzten Jahren erläutert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Dresden.** Unsere am 3. Dezember abgehaltene Generalversammlung nahm zunächst den Geschäftsbericht entgegen, aus dem zu entnehmen ist, daß das dritte Quartal zu den arbeitreichsten, die Dresden hinter sich hat, zählt, fällt doch in dasselbe der neunte Verbandstag und die Schlussvorbereitungen zur Lohnbewegung. Öffentliche Versammlungen wurden sechs abgehalten, Werkstättenversammlungen über 200. Außerdem wurden noch 14 Tarifsitungen (Luxuspapier- und Kartonnagenbranche), vier Branchenversammlungen und die sich notwendig machenden Kommissionsitzungen abgehalten. Den Klassenbericht gab Legler. Eingetreten im Laufe des Quartals sind 126 männliche und 310 weibliche, zusammen 436 Mitglieder. Der gesamte Mitgliederbestand beträgt 877 Mitglieder, gleich einer Zunahme von 387 Mitglieder. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 2960 Mk. 27 Pf. An Arbeitslose wurden 513 Mk. 40 Pf., an Maßregelungsunterstützung 68 Mk. und an Unzugskosten 10 Mk. gezahlt. Sodann referierte R. Mohl über die weiter einzuschlagende Taktik nach der beendeten Lohnbewegung. Medner gibt einen kurzen Ueberblick über die bisherige Verwaltung der Zahlstelle und weist nach, daß unsere Lohnbewegung gut vorbereitet war. Das Vertrauensmännerystem habe sich gut bewährt. Zur Haltung unserer jetzigen Mitgliederzahl macht es sich notwendig, die Beiträge einzeln in der Werkstätte stehender Kollegen im Hause zu



Kaffieren und die Zeitung zuzutragen. Mit diesem Amt betraute Kollegen erhalten eine kleine Vergütung. B. Kohl appelliert an die Versammlung, es solle sich niemand durch die Lucretierberei einzeln irge machen lassen, sondern jeder solle fest zur Organisation stehen; was wir heute noch nicht imstande waren durchzubrüden, kann uns durch rastloses Vorwärtstreben nicht allzu lange mehr freitig gemacht werden.

D. Kohl erläutert ferner sehr eingehend die Notwendigkeit der Einführung eines Lokalbeitrages. Er weist nach, daß bei einem Vorkommnis wie der Dresdener Streik es die ganze Aufregung und Zerrwürnisse nicht geben könnte, wenn die Zahlstelle in der Lage gewesen wäre, sich schon früher einen Lokalfonds zu gründen. Wenn Zahlstellen wie Elberfeld, Flensburg, Konstanz, Falkenstein i. S. zu der Einsicht gekommen sind, daß es unbedingt notwendig ist, Lokalfonds zu schaffen, so wäre Dresden nach dem übel empfundenen Fehlen eines solchen wohl jetzt dafür zu haben. Die Verwaltung habe den weiblichen Mitgliedern seit Beginn des Streiks, welche nach Statut 7 Mk. pro Woche Unterstützung erhielten, aus lokalen Mitteln 1 Mk. mehr bezahlt. Ferner hat die Kommission die Unterstützung, die der Verbandsvorstand nach dem Streik für Mitglieder, welche von 1—25 Wochen Beiträge bezahlt haben, auf die Hälfte reduziert hat, aus Lokalmitteln voll bezahlt. Aus diesen Leistungen eines Lokalfonds ist zu ersehen, wie fruchtbringend und notwendig die Einführung eines solchen ist. Klein erklärt, daß es notwendig war, bei unserer Bewegung in gesamten loszuschlagen, damit die Indifferenten einmal aus ihrem Schlafe aufgestört würden. Michen wir auf die Erregungenschaften der Bewegung zurück, so finden wir bestätigt, daß nur durch den Verband die Erfolge erzielt wurden. Redner geht darauf des näheren auf den Lokalbeitrag ein und stellt folgenden Antrag:

Die heutige Versammlung der Dresdener Verbandsmittglieder beschließt die Frage der Einführung einer Extrasteuer unter den Mitgliedern in Dresden zur Urabstimmung zu bringen.

Der Antrag wird nach längerer Debatte einstimmig angenommen.

Schuster, ein durch die Bewegung dem Verbannde zugeführter Kollege, brachte es fertig, ein Schreiben abzulesen, das so recht das Verständnis für gewerkschaftliche Grundgedanken vermissen ließ. Er wollte durch dieses absurde Schreiben der Kommission beweisen, daß diese die Pflicht habe, die Ausgesperrten, die 1—10 Wochenbeiträge entrichtet und für 7 Wochen volle Streikunterstützung erhalten haben, so lange zu unterstützen, bis sie Arbeit haben. Er scheute sich nicht zu erklären, falls die Unterstützung aufhöre, wollten sie an die Öffentlichkeit gehen, um jede unserer zukünftigen Bewegungen lahm zu legen. Es wird eine von Gölsner, Schuster und Genossen unterzeichnete Resolution verlesen und nach längerer Debatte wie folgt abgeändert und gegen einige Stimmen befürwortet:

Die heutige Versammlung beantragt beim Verbandsvorstand, im Interesse der Mitglieder die bisherige Unterstützung für Verheiratete und solche, die Familie zu ernähren haben, bis 7. Januar weiter zu zahlen.

D. Kohl widerlegt die irrige Ansicht des Vorredners, daß Kollegen mit dem Eintritt in den Verband und durch Mitstreifen sich dieselben Rechte erworben hätten wie langjährige Verbandsmittglieder. Die Streikunterstützung, die diejenigen, die so kurze Zeit Mitglieder sind, erhalten haben, ist doch erst von den älteren aufgebracht worden. In demselben Sinne sprechen sich mehrere Kommissionsmitglieder, ferner Müspert, Palme, Gelter und Zopf aus. Grob regt an: diejenigen Kollegen, die zu neuen Bedingungen arbeiten, mögen zugunsten der Ausgesperrten doppelte Wochenbeiträge bis 7. Januar leisten und stellt folgenden Antrag:

Die in Arbeit stehenden Verbandsmittglieder zahlen bis 7. Januar den doppelten Beitrag, um die verheirateten ausgesperrten Mitglieder unterstützen zu können.

Dieser Antrag wird gegen 8 Stimmen angenommen. Zum Schluß macht B. Kohl auf die

Weihnachtsfeier, deren Ertrag zugunsten der Ausgesperrten verwendet wird, aufmerksam und dankt für den zahlreichen Besuch der Versammlung.

**Berlin.** Die Mitglieder-Versammlung vom 7. Dezember ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Kollegen Daniel Brinkmann in der üblichen Weise.

Darauf referierte Kloth über „Tariffragen“. (Der Vortrag ist an anderer Stelle dieser Nummer ausführlich wiedergegeben.)

Nach dem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde in der Debatte hierüber von allen Rednern betont, daß die Kollegenchaft jetzt auf dem Posten sein müsse, um die Tarifauslegungen der Unternehmer in der Formfrage energisch zurückzuweisen. Da nach Anspruchs eines Unternehmers sie bei der jetzigen Berechnung nach Maßgabe tausende von Mark mehr zu zahlen haben wie in Leipzig, so gibt es für die Berliner Kollegenchaft kein größeres Interesse, als wie an dem Gewohnheitsrecht festzuhalten, nachdem 4 Jahre lang anstandslos die Preise gezahlt wurden.

Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die heutige Mitgliederversammlung erklärt in bezug auf den Berliner Sondertarif, daß bei allen darin aufgeführten Affordarbeiten nicht die Deckelgröße, sondern die Bogengröße als Grundlage der Preisberechnung zu gelten hat. Daß diese Auffassung die richtige ist, ist allein schon dadurch bewiesen, daß seit 4 Jahren in allen maßgebenden hiesigen Buchbindereien die Affordberechnung nach diesem Grundsatz erfolgt ist. Die Versammlung hat die Auffassung, daß das Tarifamt kompetent ist zu entscheiden in Streitfällen, die sich aus dem hiesigen Sondertarif entwickeln. Das Tarifamt darf sich jedoch dabei nicht nach der für den allgemeinen Tarif in Leipzig und Stuttgart üblichen Auslegung leiten lassen, sondern muß nach Geist und Uebung des Berliner Sondertarifs entscheiden. Einen Versuch der Prinzipale, in der Berechnung der Affordarbeiten von den bisherigen Gepflogenheiten abzuweichen, sieht die Versammlung als Tarifbruch an, der seitens des Verbandes mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln abgewehrt werden muß.“

Zu Punkt 2: „Beratung des Reglements zum Lokalzuschlag“ legte Bytomski auf Grund von Berechnungen dar, daß es wohl möglich sei, bei einem Beitrag von 5 Pf. pro Woche, pro Tag 25 Pf. auf die Dauer von 30 Tagen als Zuschlag zur Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Nach Verlesen des Reglements protestiert Hoffmann energisch dagegen, daß Einnahme und Ausgabe auf den Extrafonds übernommen werden soll, er ist der Ansicht, daß dieser Fonds dazu geschaffen sei, um die Mitglieder in erster Zeit zu unterstützen.

Einige Einwendungen gegen § 4, die auf Verkürzung der Karenzzeit Bezug nehmen, wurden, nachdem Bytomski erklärte, daß alle Mitglieder, welche hier bereits ein Jahr den bisherigen Lokalbeitrag gezahlt haben, vom 1. Januar 1905 den Lokalzuschlag zur Arbeitslosenunterstützung erhalten, als erledigt betrachtet.

Das folgende Reglement wurde gegen eine Stimme angenommen:

**Reglement für die Lokalunterstützung.**

§ 1. Für Berlin wird ein wöchentlicher Lokalbeitrag von männlichen und weiblichen Mitgliedern in Höhe von 5 Pf. erhoben, derselbe ist gleichzeitig mit dem Verbandsbeitrag zu entrichten.

§ 2. Dieser lokale Beitrag fließt dem Extrafonds zu.

§ 3. Aus diesem Fonds ist zu bestreiten:

1. Eine lokale Unterstützung bei arbeitslosen Mitgliedern.
2. Ein Lokalzuschlag bei Maßregelungsunterstützung.
3. Ein Lokalzuschlag bei hiesigen Streiks unseres Berufes.

§ 4. Nach 52wöchentlicher geleisteter Mitgliedschaft können die Mitglieder bei Arbeits-

losigkeit einen Lokalzuschlag von 25 Pf. pro Tag auf 30 Tage erhalten.

Dieselbe tritt am 1. Tage in Kraft.

Ein klagbares Recht hierauf steht den Mitgliedern nicht zu.

§ 5. Ausgesteuerte haben wieder 52 wöchentliche Beiträge zu leisten, um diese lokale Unterstützung zu erhalten.

§ 6. Andere Ausgaben als wie unter § 3 benannt können nur von einer Mitglieder-Versammlung beschlossen werden.

Bei „Stellungnahme zum Ganttag und Wahl der Delegierten zu demselben“ wies Bergmann kurz auf die Wichtigkeit des Ganttages, welcher in Lindenwalde stattfindet, hin und wurde nach kurzer Debatte der Antrag der Ortsverwaltung, 3 Delegierte dorthin zu entsenden, angenommen. Von 12 Kandidaten gingen aus der Wahl als gewählt hervor Brückner, Brucks und Sante.

Sodann beantragte Bytomski im Namen der Ortsverwaltung, den Arbeitslosen zu Weihnachten 5 Mk. zu gewähren unter Zugrundelegung der üblichen Karenzzeit. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

Des weiteren wurde ein Antrag, die Mehrausgabe von 100 Mk. für Einführung des Kartensystems zu bewilligen, angenommen. Der Beschluß der Ortsverwaltung, den Ausschluß Wiesenthals beim Verbandsvorstand zu beantragen, wurde gutgeheißen.

Darauf beschwert sich Schoß darüber, daß den Streikenden der Luxuspapierbrande jegliche Unterstützung entzogen worden ist. In der e r r e g t e n Debatte hierüber wurden zwei Anträge gestellt, die darauf hinausliefen, diejenigen Streikenden, welche längere Zeit Mitglieder unserer Organisation sind, mindestens noch bis Weihnachten zu unterstützen. Ein hierauf gestellter Geschäftsordnungsantrag, diese Angelegenheit der Ortsverwaltung zur nochmaligen Prüfung zu überweisen, wurde angenommen, worauf Schluß der gut besuchten Versammlung erfolgte.

**Stuttgart.** In der am 26. November abgehaltenen Mitglieder-Versammlung sprach Gewerkschaftssekretär Näther über das Thema: Können die Gewerkschaften politisch neutral sein? Derselbe führte etwa aus: Wir dürfen nicht nur Gewerkschaftler, aber auch nicht nurpolitiker sein. Große, die Arbeitermassen in hohem Maße interessierende Fragen können nicht von den Gewerkschaften allein gelöst werden, sondern müssen auf gesetzgeberischem Wege ihre Erledigung finden. Zu diesem Zwecke müssen die Gewerkschaften auch bei den politischen Aktionen Einfluß zu gewinnen suchen, hauptsächlich auch dadurch, weil es großen Arbeitermassen, z. B. den in staatlichen Betrieben beschäftigten usw., nicht möglich ist, sich zu organisieren. Selbstredend kann für uns nur die sozialdemokratische Partei als diejenige bezeichnet werden, welche unsere Interessen energisch vertritt.

An den Vortrag knüpfte sich eine anregende Diskussion.

In der am 10. Dezember abgehaltenen Versammlung sprach Genosse Kampf über: Streifzüge ins Gebiet der Alters- und Invalidenversicherung. Derselbe führte aus, anfangs haben die Arbeiter dieser Einrichtung mißtrauisch gegenübergestanden, mit der Zeit habe man aber angefangen, die Versicherung in möglichst günstiger Weise für uns auszunützen. Leider habe der Gesetzgeber den Arbeitern ein zu kleines Mitbewaltungsrecht eingeräumt. Redner gibt sodann den Anwesenden in längeren Ausführungen in populärer anschaulicher Weise ein Bild von den Einrichtungen der Alters- und Invalidenversicherung; er bespricht hauptsächlich die Versicherungspflicht, Beitragsleistung, sowie die Rechte der Versicherten, unterstützt durch leicht verständliche Beispiele. Der 2. Punkt der Tagesordnung ist rasch erledigt, da Anträge zum Ganttag seitens des Vorstandes sowie der Mitglieder der Zahlstelle Stuttgart nicht gestellt werden.

Bei der hierauf durch das Ausscheiden Kirchdörfers aus der Tarifkommission notwendig gewordenen Ergänzungswahl wird einstimmig Stanger gewählt.

**Mülheim a. d. Ruhr.** Durch Austritt unseres Vorsitzenden und Amtsniederlegung unseres Schriftführers sahen wir uns genötigt, unsere Generalversammlung schon jetzt abzuhalten. Unserem bisherigen Vorsitzenden war es nicht mehr möglich, unserem Verbands treu zu bleiben, da er die 45 Pf. nicht mehr aufbringen konnte, nebenbei bemerkt befindet sich dieser Herr schon 21 Jahre in ein und derselben Stellung. Durch diese traurigen Erfahrungen, die wir gemacht haben, sahen wir uns veranlaßt, nur solche Kollegen in den Vorstand zu wählen, die auch wirklich Interesse an unserer Sache zeigten. Die Vorstandswahl war bald erledigt und wurde Klappheck zum Vorsitzenden gewählt. Unser bisheriger Kassierer Schmidt wurde einstimmig wiedergewählt. Zum Schriftführer wurde Schlatter und zum Bibliothekar Klein ernannt. Den Kartellbericht gab hierauf Klappheck.

Am 10. Dezember hielten wir die erste Versammlung unter dem neuen Vorstand ab. Dieselbe ließ insofern zu wünschen übrig, da von unseren Mitgliedern nur 5 erschienen waren, dagegen wohnten nichtorganisierte Kollegen unserer Versammlung bei. Unser Vorsitzende hielt ein Referat über Zweck und Ziele der Organisation, welches guten Anklang fand. Drei Kollegen ließen sich sofort in den Verband aufnehmen und können wir wohl die Gewißheit aussprechen, daß wir in diesen treuen Mitglieder für unsere Sache gewonnen haben. Unsere nächste Versammlung findet am 2. Weihnachtstage, morgens 10 Uhr im Vereinslokal „Zur Post“ statt.

Da wir eine Bibliothek eingerichtet haben, möchten wir die Zahlstellen bitten, doppelte oder überzählige Bücher uns zur Vermehrung unserer Bibliothek zukommen zu lassen.

**Danzig.** In unseren am 19. November und 2. Dezember cr. stattgefundenen Versammlungen wurde beschloffen, vorläufig das alte Verkehrslokal beizubehalten. Ferner wurde weiter bestimmt, am 25. März ein Winterbergnügen abzuhalten. — Als Schriftführer wurde Nitsch gewählt. Zum Schluß setzte der Vorsitzende Engels allen auseinander, was der Verband bezweckt und welche Vorteile er seinen Mitgliedern bietet. Daraufhin meldeten vier Kollegen ihren Eintritt an. Hoffentlich werden auch die anderen hier in Danzig noch nicht organisierten Kollegen und Kolleginnen bald diesem guten Beispiele folgen und auch dem Verbands beitreten, denn nur die Einigkeit macht stark und nur die Einigkeit kann zum Siege verhelfen. Hier haben wir auch noch genügend Mängel, die über kurz oder lang doch einmal abgeschafft werden müssen. Ferner erbot sich Kollege Nitsch, für die Kolleginnen und Kollegen einen Buchführungs- sowie Stenographiekursus mientgeltlich einzurichten, und zwar soll derselbe am 1. Januar 1905 seinen Anfang nehmen.

## Bundschau.

**Ein Reizfall der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“.** In Nr. 48 unserer Zeitung gaben wir unseren Lesern Kenntnis von einer Notiz obenbenannter Zeitung, in der behauptet wurde, daß die Lehrlinge bei der Firma Lüderitz & Bauer aus Gesellenkreisen heraus zur Arbeitsniederlegung aufgereizt worden sind. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ hatte weiter verheißt, daß Erhebungen bereits im Gange sind, die hoffentlich zur Ermittlung des Urhebers führen werden. Diese Hoffnung scheint sich bis jetzt nicht erfüllt zu haben, denn der ruchlose Missetäter ist immer noch nicht genannt worden. Schade!

Durch diese Notiz fühlten sich unsere bei Lüderitz & Bauer beschäftigten Kollegen beleidigt und beschloffen, dem edlen Scharfmacherorgan auf den Zahn zu fühlen. Jeder mußte doch wohl aus der fraglichen Notiz herauslesen, daß unter den Kollegen der Firma Lüderitz & Bauer der „wirkliche Urheber“ zu suchen sei, der, obgleich kein Streik stattgefunden, doch die Lehrlinge in den Streik getrieben hatte — in dieser unzügeligen Vagheit stellte wenigstens die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ ihre Behauptung auf. Kurz und gut — der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ ging ein mit circa 70 Unterschriften versehenes Schreiben

der Kollegen von Lüderitz & Bauer zu, in der sie um Zurücknahme ihrer Behauptung ersucht wurde. Darauf erfolgte folgende briefliche Antwort:

„Wir bekennen uns zum Empfange Ihrer Zuschrift vom 20. November, bedauern jedoch, Ihrem Ansuchen um Aufnahme einer Berichtigung keine Folge geben zu können. Wir halten Sie nicht für legitimiert, im Namen der ganzen Gesellschaft zu sprechen. Wir haben in unseren Ausführungen keineswegs ausschließlich von den Gesellen und Arbeitern der Firma Lüderitz & Bauer gesprochen, sondern schlechthin behauptet, daß die Unregung zum Streik der Lehrlinge aus Gesellenkreisen hervorgegangen ist. An dieser Behauptung müssen wir auch jetzt noch festhalten, da der in Frage kommende Artikel der „Buchb.-Ztg.“ zweifellos aus Gesellenkreisen hervorgegangen ist und da die betreffenden Nummern dieser Zeitung ebenfalls wohl kaum ohne Hilfe der Gesellschaft an die Lehrlinge gelangt sind. Wir können daher keinen Grund zur Berichtigung unserer Behauptungen finden.“

Mit dieser gemundenen Erklärung, die kein Mensch als für die Sache beachtlich gelten lassen wird, ist die Plumperie der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ noch offenkundiger geworden, als sie schon war, was sie aber nicht hindern wird, sich weiter über Unmoralität in der Arbeiterbewegung zu entriisten und „schlechthin“ weiter Behauptungen aufzustellen, die sich später als Schwundel entpuppen.

**Die Kollegin Häntschel in Dresden** wurde wegen Ehrverletzung auf Grund § 153 der Gewerbeordnung zu 2 Tagen Gefängnis verurteilt. Sie hatte während des Buchbinderstreiks in Beziehung auf Arbeitswillige, die an ihr vorübergingen, gesagt: „Schämen Sie sich nicht, weiterzuarbeiten!“

**Die Maschinenfabrik von Karl Krause in Leipzig** erhielt, wie wir lesen, dieser Tage ungewöhnlich große Aufträge. Ein übersehrer Auftrag lautet auf Lieferung von 114 Maschinen für verschiedene Zwecke, und ein aus Berlin kommener Auftrag betrifft Maschinen im Werte von 185 000 Mk. Ob unter den Bestellungen viel Buchbindereimaschinen sich befinden, ist nicht ersichtlich. Da die Firma unseres Wissens hauptsächlich Buchbindereimaschinen anfertigt, wäre das nicht unmöglich, was auf eine gute Beschäftigung in der Buchbinderei schließen ließ. Das Wandlungsglied, von welchem die Fabrik Anfang Dezember 1903 betroffen wurde, hat ihre Leistungsfähigkeit nicht herabgemindert.

**Die städtischen Buchbinderarbeiten** sollen, so beschloffen die Stadtverordneten von Adorf (Bogtl.) vom nächsten Jahre an wechselnd an alle dortigen Buchbinder übertragen werden.

**Arbeitszeit und Alkoholmißbrauch.** In einem Vortrage über die wirtschaftliche Bedeutung der Alkoholfrage führte kürzlich der Münchener Professor D. W. Haushofer u. a. aus: „Die schädliche Wirkung des Alkohols sei auch bereits in den unteren Schichten der Arbeiter erkannt worden, und man habe ihn deshalb nicht mit Unrecht als schlimmsten Lohndrücker bezeichnet. Die Tatsache stehe fest, daß Arbeiter mit kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen dem Alkohol in viel geringerem Maße ergeben seien, da sie in höheren und feineren Genüssen ihre Erholung suchten und fänden.“

Eine alte Weisheit, die von den Gewerkschaften oft mit als Grund für den kulturellen Wert der Arbeitszeitverkürzung angeführt, von den Gefinnungsgenossen des Herrn Professors aber nicht anerkannt, sondern in das Gegenteil verdreht wurde, namentlich dann, wenn eine solche Forderung der Arbeiter an sie als Unternehmer herantrat.

**Der Holzarbeiterverband** schreibt aus Anlaß der Berliner Aussperrung eine wöchentliche Extrastunde von 10 Pf. pro Kopf auf die Dauer eines Vierteljahres aus; in Berlin ist der Lokalbeitrag auf 65 Pf. pro Woche erhöht und beträgt der Gesamtbeitrag somit 1 Mk. — Redakteur Möske, der nicht nach Stuttgart übersiedeln wollte, bleibt nun in Hamburg als befohlener Gaubeamter.

**Ein mißlungener vereinspolizeilicher Versuch.** Genosse Brey in Hannover als Vorsitzender des Verbandes der Fabrik, Land- und Hülsarbeiter

Deutschlands, welcher in Deutschland in 433 Orten etwa 45000 Mitglieder und seinen Sitz in Hannover hat, war vom Polizeipräsidenten der Stadt Hannover auf Grund des § 2 des preussischen Vereinsgesetzes aufgefordert worden, ihm anzuzeigen: 1. Die von einem bestimmten Zeitpunkte ab eingetretenen Änderungen im Verzeichnis der Zahlstellen des Verbandes, 2. die Veränderungen unter den Vorsitzenden der Zahlstellen (Verzeichnis der derzeitigen Zahlstellenvorsitzenden), 3. die Bevollmächtigten in den Orten, wo Einzelmitglieder sind, 4. die Orte selber, in denen es Einzelmitglieder gibt. Brey hielt sich mit Rücksicht auf die Vorschriften des § 2 dazu nicht verpflichtet. Das Landgericht Hannover als Berufungsinstanz sprach auch den Angeklagten frei, weil das Verlangen der Polizei nicht durch den § 2 des Vereinsgesetzes gedeckt sei.

Die Staatsanwaltschaft legte nunmehr Revision ein und suchte mit Hilfe allerlei juristischer Listereien darzutun, daß die Polizei doch im Recht sei. Z. B. sollten Änderungen im Verzeichnis der Zahlstellen — Statutenänderungen sein. (!)

Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht ließ indessen die ersten drei Forderungen der Polizei sofort fallen und bemerkte unter anderem dazu, daß Änderungen im Bestande der Zahlstellen als solche absolut keine Statutenänderungen in sich schloffen. Auch gehörten die Zahlstellen nicht in das Mitgliederverzeichnis, denn nicht die Zahlstellen seien „Mitglieder“ im Sinne des Vereinsgesetzes, sondern die physischen Personen. Das Verlangen, die jetzigen Vorsitzenden der Zahlstellen anzugeben, sei ebenfalls deshalb verfehlt, weil Veränderungen in den Zahlstellen vorstehenden weder Statutenänderungen noch Veränderungen im Mitgliederbestande seien. Ferner werde durch § 2 des Gesetzes nicht gestiftet das Verlangen nach der Anmeldung der Bevollmächtigten des Verbandes in den Orten, wo Einzelmitglieder wären. Für begründet erklärte aber der Oberstaatsanwalt das Verlangen nach einem Verzeichnis der Orte, wo Einzelmitglieder seien. Der erste Strafenat des Kammergerichts verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft am 8. Dezember im vollen Umfange. Begründend wurde ausgeführt: Die polizeiliche Aufforderung gehe über das, was § 2 des Vereinsgesetzes gestatte, erheblich hinaus. Die drei ersten Forderungen halte der Senat in Uebereinstimmung mit dem Oberstaatsanwalt für unberechtigt. Im Gegensatz zum Oberstaatsanwalt spreche aber der Senat eine Berechtigung auch der vierten Forderung ab: der nach Angabe der Orte, wo Einzelmitglieder seien. Allerdings könne die Polizei verlangen, daß die neu eintretenden Einzelmitglieder ihr angemeldet würden und daß dabei der Ort angegeben werde. Man müsse nun voraussetzen, daß eine Anmeldung der Einzelmitglieder mit Angabe ihres Wohnorts erfolgt sei. Ein Verzeichnis der Orte, wo es Einzelmitglieder gebe, könne sich dann die Polizei selbst machen. Sie könne nicht verlangen, daß es ihr gemacht werde. Dies Verlangen sei kein Weniger gegenüber ihrem Recht, sondern etwas im Wesen anderes!

**Berichtigung.** Im Bericht über die Lohnbewegung aus Kiel muß es heißen, daß der Arbeitsvertrag bis 1. Dezember 1907 Gültigkeit hat.

**Einsendungen für die Zeitung** sollen bis spätestens Dienstag früh in die Hände der Redaktion sein, nur kleinere Zuschriften und Inserate können bis Dienstag Abend Berücksichtigung finden.

## Briefkasten.

H. N. in N. Die Sache klingt mir doch etwas sehr unglaubwürdig und wenn Sie die Verantwortung dafür nicht übernehmen wollen, kann ich keine Notiz davon nehmen.

H. N. in G. Besten Dank für Anregung, bin selbst schon darauf aufmerksam geworden und werde jedenfalls in Ihrem Sinne handeln.

Mehreren Anfragern zur Mitteilung, daß die Adressenverzeichnisse und die Ergänzungsblätter zu den Mitgliedsbüchern meist den Kassierern zugesandt worden sind.

Zurückgestellt: Berichte aus Leipzig, Grimma und Ulm.



**Zentral-Franken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige. (Eingeschriebene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)**  
**Abrechnung des 3. Quartals 1904.**

Einnahmen		Ausgaben		An Krankenunterstützung wurde ausgezahlt in:		Medizin und ärztliche Behandlung		Vorhandene Fonds		
Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	Mr.	Fr.	
<b>An Ueberschüssen gingen ein:</b>		<b>An Zuschüssen nach:</b>		<b>An Krankenunterstützung wurde ausgezahlt in:</b>		<b>Medizin und ärztliche Behandlung</b>		<b>Vorhandene Fonds</b>		
Altenburg	70	Annaberg	50	Aachen	118	95	2	26	95	50
Mugsburg	100	Bonn	200	Altenburg	—	—	2	75	43	36
Wieber	400	Buchholz	200	Annaberg	407	35	14	85	38	81
Bergen	180	Chemnitz	100	Apfolda	—	—	8	—	150	61
Wiesfeld	100	Dortmund	350	Mugsburg	—	—	9	42	140	98
Chemnitz	100	Elberfeld	400	Mitona (Ebe)	70	—	20	—	169	47
Dillmen	80	Effen	125	Barmen	46	80	4	88	317	94
Elberfeld	150	Frankfurt	200	Berlin	6869	15	593	66	251	57
Erlangen	200	Freiburg	100	Bremen	99	50	55	40	292	25
Frankfurt	200	Kirch	375	Bonn	393	90	—	—	239	76
Hannover	200	Gera	225	Wieber	468	—	—	—	265	38
Halle	150	Hildesheim	20	Bürgel	449	71	6	15	145	41
Heusenstamm	95	Heilbronn	300	Bergen	206	20	57	03	159	22
Hausen	100	Hierlohn	25	Braunschweig	59	60	36	29	89	31
Hagen	150	Köln	200	Buchholz	220	67	110	90	121	53
Hierlohn	60	Kirchheimbolanden	50	Breslau	72	—	20	24	154	55
Rebelaer	250	Leipzig	3000	Wiesfeld	80	75	5	—	269	22
Karlsruhe	70	Mr.-Glabach	350	Brieg	158	45	—	—	159	—
Kleinsteinheim	50	Offenbach	400	Chemnitz	333	85	3	50	108	78
Konstanz	50	Reutlingen	50	Dresden	846	85	24	32	460	10
Mannheim	200	Stuttgart	1000	Dillmen	58	50	—	—	145	78
Obershausen	120	Stettin	230	Dortmund	473	85	18	05	98	51
Regensburg	200	Schleiz	100	Düsseldorf	85	80	9	—	234	83
Würzburg	100	Schwerin	235	Elberfeld	864	40	16	57	48	19
	360	Ulm	160	Erlangen	94	70	—	—	139	73
<b>An Zinsen der Hypotheken</b>		<b>Für Krankenunterstützung an Mit-</b>		<b>Essen (Ruhr)</b>	273	—	—	—	63	09
Strafen	33	<b>glieder</b>		Frankfurt a. M.	785	65	97	68	219	55
Steuerzinsen	4	1. Klasse nach § 10 Abs. 2	492	Freiburg i. S.	291	—	18	46	122	70
Verchiedenem	3	2. " " " 10 " 2	281	Freiburg i. V.	406	05	—	—	74	94
Eintrittsgelder einzelstehender Mitglieder	2	3. " " " 10 " 2	1409	Hechenheim	539	60	63	80	281	53
Steuern 1. Klasse	308	1. " " " 10 " 1	214	Kirch	667	35	21	13	18	36
2. " " " 10 " 1	258	2. " " " 10 " 1	170	Gera	373	05	33	59	37	36
3. " " " 10 " 1	1383	3. " " " 10 " 1	304	Gotha	219	75	16	—	144	75
Extrasteuern	42	<b>Für Kur- und Verpflegungskosten in Krankenhäusern</b>	57	Grünstadt	4	35	9	52	95	43
	5771	<b>Für Unterstützung nach § 10 Abs. 5</b>	5	Gamburg	380	45	—	—	559	99
<b>An Kassenbestand nach Abrechnung des 2. Quartals 1904.</b>	192909	<b>ärztl. Behandlung</b>	30	Hannover	978	90	139	50	990	94
	80	Beerdigungsgeld 3. Klasse	137	Halle	55	20	27	—	282	17
		Arznei	39	Heusenstamm	313	85	14	27	120	68
		Drillen	12	Hildesheim	—	—	8	02	42	09
		Heilmittel	44	Hausen	44	90	—	—	221	81
		Porto des Vorsitzenden	54	Hagen	130	15	—	—	107	14
		Porto des Kassierers	75	Heilbronn	635	15	6	60	40	99
		Schreibmaterialien	24	Hannau	118	95	—	—	31	97
		Verchiedenes	31	Hierlohn	37	05	—	—	103	—
		Abonnement auf „Die Arbeiterverforgung 1904“	15	Köln	424	25	6	21	202	27
		1 Kantstempel	1	Kirchheimbolanden	116	60	1	—	9	74
		Kontrolle	1	Rebelaer	132	85	7	38	435	26
		Inserate in der „Buchbinder-Zeitung“ pro 2. Quartal	44	Karlsruhe	54	60	4	—	88	12
		Abonnement der „Buchbinder-Zeitung“ pro 2. Quartal	40	Randel	39	—	—	—	74	37
		Porto der „Buchbinder-Zeitung“ pro 2. Quartal	28	Klein-Steinheim	36	—	—	—	66	98
		400 000 Luitungsmarken	120	Konstanz	11	70	3	—	61	25
		Revision der Hauptkasse für den Ausschuß	6	Leipzig	9876	40	176	12	1709	21
		Entschädigung der Revisoren bei Abrechnung des 2. Quart.	3	Lahr	289	15	7	18	259	08
		Gehalt des Vorsitzenden	537	München	778	95	112	10	145	18
		des Kassierers	462	Mainz	295	50	24	77	—	—
		des Schriftführers	15	Mannheim	204	45	23	55	347	15
		der Beisitzer und des stellvertret. Vorsitzenden	75	Magdeburg	447	95	179	65	278	78
		Beitrag zur Invalidenversicherung	4	Mr.-Glabach	586	—	20	34	187	52
		Nietzins pro 3. Quartal	137	Mühlheim	156	85	7	70	139	82
<b>Summa</b>	<b>198680</b>	<b>Summa</b>	<b>13320</b>	Nürnberg	968	95	43	—	—	—
	<b>85</b>		<b>95</b>	Neu-Whippin	65	10	63	73	27	69
				Offenbach	3527	15	341	14	312	41
				Obershausen	447	75	24	40	13	92
				Oldenburg	28	—	21	92	91	22
				Reutlingen	208	65	—	—	112	28
				Regensburg	91	65	—	—	197	53
				Rumpenheim	30	50	27	86	146	40
				Rembrücken	44	85	4	04	86	05
				Schma	7	25	22	05	185	29
				Stuttgart	2666	95	34	83	860	50
				Stettin	130	50	117	30	89	59
				Schleiz	169	25	3	10	178	40
				Schwerin	149	75	27	04	21	45
				Ulm	140	65	75	02	8	80
				Wiesbaden	68	25	9	—	227	02
				Würzburg	107	75	—	—	105	15
				<b>An Beerdigungsgeld:</b>						
				Barmen	60	—	—	—	—	—
				Berlin	80	—	—	—	—	—
				Dresden	80	—	—	—	—	—
				Elberfeld	80	—	—	—	—	—
				Frankfurt	160	—	—	—	—	—
				Leipzig	360	—	—	—	—	—
				Lahr	80	—	—	—	—	—
				Mühlheim	80	—	—	—	—	—
				Nürnberg	60	—	—	—	—	—
				Offenbach	80	—	—	—	—	—
				Stettin	80	—	—	—	—	—
<b>Summa</b>	<b>42246</b>	<b>Summa</b>	<b>18</b>	<b>2861</b>	<b>87</b>	<b>14567</b>	<b>79</b>			

**Bilanz:**

Einnahme	198 680,85 Mk.
Ausgabe	13 320,95 "
<b>Kassenbestand</b>	<b>185 359,90 Mk.</b>

Für die Richtigkeit:

**Die Revisoren:**

G. Zinke, A. Schröter.

**Der Kassierer:**

P. Städter.

Leipzig, den 9. Dezember 1904.

**Abrechnung über die Lohnbewegung der Zahlstellen Hamburg u. Altona.**

<b>Einnahmen.</b>	
Aus der Zentralkasse erhalten	840,98 Mfr.
„ „ Lokalkasse der Zahlst. Hamburg	1,— „
„ „ „ „ Altona	3,— „
<b>Summa</b>	<b>844,98 Mfr.</b>
<b>Ausgaben.</b>	
Streifenunterstützung an:	
3 lebige Kollegen 40 Tage	74,—
2 „ „ „ 12 Tage	17,—
Reiseunterstützung an 2 abgereifte Streifen	10,—
<b>Summa</b>	<b>101,—</b>
Für Inserate	15,20
„ Abonnements von Zeitungen	1,05
„ Druckfachen	48,60
„ Schreibutensilien	8,25
„ Porto	20,98
<b>Summa</b>	<b>89,08</b>
„ Arbeitszeitverhältnisse	6,15
„ Entschädigungen	19,—
„ Sitzungen der Lohnkommission	105,75
„ Werkstättenleistungen	21,45
„ Div. kleine Ausgaben	2,55
<b>Summa</b>	<b>154,00</b>
<b>Summa</b>	<b>344,98</b>

Die Richtigkeit beglaubigt:

Für die Streifenleitung:  
Friedrich Küster. C. Andersen. Arthur Nippe.  
Für die Revision:  
L. Marks. Hermann Gumbt.

**Abonnements- und Insertionsbedingungen.**

Alle Abonnenten und Inserenten der „Buchb.-Ztg.“ werden hiernit auf folgende, vom 1. Januar 1905 ab geltenden Bedingungen aufmerksam gemacht.

Das **Abonnement** kostet pro Quartal 1,00 Mfr., von uns direkt unter Kreuzband bezogen für das Inland 1,40 Mfr., für das Ausland 1,65 Mfr.

**Inserate** kosten pro vier gespaltene Petitzeile für Verbandsmitglieder 10 Pfg., Reklame und Geschäftsanzeigen jedoch 20 Pfg., Privatanzeigen kommen nur dann zum Abdruck, wenn bei der Aufgabe des Inserats der Betrag dafür beigefügt ist. Nichtmitglieder zahlen 30 Pfg., für Stellengesuche 20 Pfg.

**Anzeigenteil.**

**Zahlstelle Berlin.**

An alle Kollegen und Kolleginnen, welche mit ihren Verbandsbeiträgen im Rückstand sind, richten wir hiernit nochmals das bringende Ersuchen, dieselben noch vor Jahreschluss zu begleichen, damit eine pünktliche Abrechnung mit der Verbandskasse erfolgen kann. Wer länger als 8 Wochen restiert, muss aus der Mitgliederliste gestrichen werden.

Weiter geben wir noch bekannt, daß der monatliche Extrabeitrag von 10 Pf. vom 1. Januar ab in Wegfall kommt. Dafür wird von diesem Tage ab ein wöchentlicher Extrabeitrag von 5 Pf. von allen Mitgliedern erhoben. Die Arbeitslosen-Unterstützung wird um 25 Pf. pro Tag für männliche und weibliche Mitglieder erhöht. Der wöchentliche Beitrag beträgt also ab 1. Januar für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche Mitglieder 25 Pf. Die Ortsverwaltung.

Am **Sonnabend den 24. Dezember** bleiben sämtliche Zahlstellen geschlossen; am **Sonnabend den 31. Dezember** sind dieselben von 6—7 Uhr abends geöffnet. Ebenso können Beiträge am **Montag, den 2., und Dienstag, den 3. Januar** in der Zahlstelle im Bureau abends von 5—7 Uhr entrichtet werden.

Das **Bureau** wird am **Weihnachtsabend** und am **3. Feiertag mittags um 1 Uhr** geschlossen; am **31. Dezember abends 7 Uhr**. Wir ersuchen die Mitglieder, vorstehende Bekanntmachung genau zu beachten. Die Ortsverwaltung.

**Kartonnagearbeiter,**

ein jüngerer, welcher auch etwas Kenntnis im Zuschneiden besitzt und auf längere Stellung reflektiert, kann eintreten. Offerten erbittet **R. Fischer**, Kartonnagegeschäft, Eßlingen a. N.

**Buchbinder-Männerchor Berlin**

Mitglied d. Arbeiter-Sänger-Bundes  
Dirigent: Herr M. Bombelke

Sonntag den 25. Dezember 1904 (erster Feiertag)

**Weihnachts-Feier**

794] im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15 [5,00  
bestehend in

**Vokal-, Instrumental- und Orgel-Konzert, Deklamation, Kinderbescherung, Verlosung**  
Anfang 6 Uhr. \* Nach dem Konzert: **Gr. Ball**. Herren zahlen 50 Pfg. nach. \* **Programm 30 Pfg.**

In sämtlichen Zahlstellen liegen Programme zur Einsicht aus, ebenfalls sind dieselben von den Sängern zu haben. — Recht zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

**NB.** Die Übungsstunden des Vereins finden regelmäßig Freitag abends präzis 9—11 Uhr bei Lipke, Melchiorstr. 15, statt und finden stimmbegabte Kollegen, auch solche, welche dem Verein als passiv beizutreten wünschen, dabei jeden Freitag freundliche Aufnahme. **I. A.: Der Vorstand.**

**Leipzig.**

Allen Verbandsmitgliedern zur Nachricht, daß sich unser **Verbandsbureau** vom 1. Januar 1905 Leipzig-Neudnitz, Grenzstr. 24 I., befindet. Dasselbe ist geöffnet täglich von 8—1 vorm. und 4—8 nachm., Sonntags von 10—11 vorm.

In dieser Zeit werden dort sämtliche Geschäfte des Verbandes sowie des Fachvereins erledigt, als da sind Kassengeschäfte, Arbeitsnachweis, Bibliothek, Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung, des Krankengeldes an weibliche Mitglieder und Ausgabe der „Buchb.-Ztg.“

Die **Bibliothek** steht nach wie vor jedem Verbandsmitglied unentgeltlich zur Verfügung und findet die Ausgabe der Bücher wie vorher jeden **Mittwoch von 7—8** und jeden **Sonnabend von 6—8 Uhr** statt.

Die **Tarifkommission** hat vom genannten Datum an ihren ständigen Sitz im Bureau und ist **Auskunft** über alle tariflichen Fragen während der Bureauzeit stets zu erhalten. Die Sitzungen der Kommission finden jeden **Freitag, abends von 8 Uhr an im Bureau** statt. Alle den Tarif betreffenden Zuschriften sind an untenstehende Adresse zu richten.

In weiteren ersuchen wir alle Verbandsmitglieder, welche mit ihren Beiträgen noch im Rückstand sind, dieselben bis **Jahreschluss** zu begleichen, wer seine Mitgliedschaft im Verband erhalten haben will; darf am **31. Dezember** nicht länger als **8 Wochen** restieren, im anderen Fall muß seine Streichung als Mitglied erfolgen.

**Zur Beachtung.**

Gleichzeitig sei hiernit bekannt gegeben, daß infolge des **Weihnachtsfestes** der **Kassenabend** im **Pantheon** vom **Sonnabend den 24. Dezember** auf **Freitag den 23. Dezember, abends von 7 Uhr**, verlegt wurde und werden alle **Kassengeschäfte** des **Verbandes** und des **Fachvereins** sowie der **Zentral- und Lokal-Krankenkasse** von dieser Zeit an erledigt. Die **Bibliothek** ist gleichfalls an diesem Abend geöffnet.

J. A.: **Max Walthcr,**  
Leipzig-Neudnitz, Grenzstraße 24 I.

**Zahlstelle Stuttgart.**

Die **Versammlung** am **Samstag, 24. Dezember** fällt aus.

Zur **Entgegennahme** von Beiträgen usw. ist der **Kassierer** am **24. und 31. Dezember, abends** je von **4—5 Uhr**, im „**Gewerkschaftshaus**“, **Zimmer 5**, anwesend.

Wir ersuchen unsere **restierenden Mitglieder** dringend, ihre **Reste** vor **Jahreschluss** zu begleichen, andernfalls § 15 des **Verbands-Statuts** in Anwendung kommt.

**Sonntag** den **18. Dezember** treffen sich die Mitglieder der **Zahlstelle** und des **Buchbinder-Männerchors** **vormittags von 10 Uhr** ab zum **gemütlichen Frischhoppen** bei „**Weller**“, zum **Wienentorb**. **Der Vorstand.**

**Zahlstelle Regensburg.**

Am **29. November** verstarb infolge eines **Angstschalles** unser **Kollege** und **Gründungsmitglied** der **Zahlstelle**

**Eduard Böhler**

im **Alter** von **56 1/2 Jahren**. Ein **treuer Freund** und **Berater** der **Zahlstelle** ist mit ihm aus dem **Leben** geschieden. **Chre** seinem **Andenken!**

**Die Verwaltung.**

**Ottole!!!**

18] **Wo deane dau über'd Feiertich Bloosaa?**  
799] **CONUS.** [0,60

Der **Buchbinder Heinrich Fleddermann** wird ersucht, **Familienverhältnisse** halber sich bei seinem **Schwager W. Zimmermann, Küchenschef, Mainz, Löhrstraße 36**, umgehend zu melden.

Hiernit weise ich die **Kollegen** der **Firma Metzschke** auf meine **Erklärung** im **Inseratenteil** der **Nr. 50** d. **Bl. Hin.** [801] [1.— **Leon Bezorowski, Fildgimstr. 15.**

# Gehilfen

in allen Gegenden Deutschlands sucht

## G. Th. Winckler

Leipzig

:: **Kostenfreier** ::  
**Arbeitsnachweis**  
für **Buchbinder** [802]

::: **Einrichtungen** :::  
für **Laden** und **Werkstatt**  
zu **günstigen Bedingungen**

**Ein Satinierwalzwerk**

75 cm Walzenlänge, vorzügliche Konstruktion, neu.

**Eine Schneidemaschine**

neu, mit **Schmalzsneider**, **Fabrikat Fomm**, Leipzig, wegen **Aufgabe** des **Geschäftes** zu **verkaufen**. **Gefl.** [803] **Anfragen** a. d. **Exped.** d. **Zeitung.** [1,80

**Feine Harzer Kanarienhähne**

**Tag-** und **Nachtflüger** mit **langen Touren**, 804] **empfiehlt** von **7 Mark** an [0,60

**H. Eilemann, Buchbinder, Stuttgart, Cangelstr. 15 II.**

**Puppen, Spielwaren, Jugendschriften**

in **großer Auswahl** zu **billigen Preisen** beim **Kollegen**

**Fritz Becker, Rixdorf,**

**Kaiser Friedrichstr. 11 (nahe Hermannplatz.)**